



Sonntag, 23. Januar 2022

[Themen](#) [Sendungen](#) [Programm](#) [Podcasts](#) [Audio-Archiv](#) [Q](#) [Live](#)

[Die Nachrichten / Barrierefrei](#)[Wochenüberblick](#)[Nachlesen](#)[Nachhören](#)

Sonntag, 23.01.2022

[Corona-Auflagen / Wasserwerfer und Tränengas bei Großdemonstration in Brüssel](#)

In Brüssel läuft eine Großdemonstration gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Nach Angaben des belgischen Rundfunks schlug die Stimmung nahe des Europaviertels in Gewalt um. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein.

Die Polizei in der belgischen Hauptstadt schätzte die Zahl der Teilnehmenden auf 50.000. Agenturberichten zufolge sind auch Menschen aus anderen Ländern angereist. Aufgerufen zu dem Protest hatten mehrere Gruppen. Auf Bildern zu sehen war, wie Teilnehmende unter anderem polnische, französische, deutsche niederländische und rumänische Flaggen schwenkten. Viele trugen keine Gesichtsmasken. Sechs Personen wurden vor Beginn der Proteste wegen Besitzes von gefährlichen oder verbotenen Gegenständen festgenommen. Die Organisatoren hatten Demonstranten aus anderen EU-Staaten aufgerufen, sich dem Protest anzuschließen. Zu sehen waren auch Transparente mit Parolen gegen den belgischen Regierungschef Alexander De Croo. Belgische Demonstranten kritisierten zudem den Corona-Pass, mit dem in Belgien in zahlreichen öffentlichen Einrichtungen eine Covid-Impfung oder ein negativer Test nachgewiesen werden müssen.

Protestwochenende auch in Deutschland

Gestern hatten auch bundesweit erneut tausende Menschen gegen die Corona-Maßnahmen protestiert. In Freiburg waren es nach offiziellen Angaben fast 5.000 Demonstrierende. Die Lage sei weitgehend ruhig geblieben, sagte ein Polizeisprecher. Auch in Stuttgart verlief eine Kundgebung friedlich: Mehr als 1.000 Personen hatten sich vor dem SWR-Funkhaus unter dem Motto "Wir ziehen vor die Medienhäuser, denn da sitzt

das Virus" versammelt. In der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf waren rund 3.500 Teilnehmer zu Protesten angemeldet, tatsächlich kamen nach Schätzung der Polizei aber mehr als doppelt so viele. Im sächsischen Dresden verhinderte die Polizei mit einem massiven Aufgebot an Einsatzkräften einen Massenaufzug und begründete dies damit, man habe mit vielen Corona-Leugnern und Rechtsextremisten gerechnet. **Die Einsatzkräfte brachten Wasserwerfer, Räumpanzer und einen Polizeihubschrauber in Stellung.** Proteste gab es auch in einigen weiteren Städten, unter anderem in Trier, Flensburg, Schwerin, Offenbach und Hannover.

Hilfe für Afghanistan / Offizielle Gespräche mit den Taliban in Oslo

In der norwegischen Hauptstadt Oslo haben die Gespräche über humanitäre Hilfe für Afghanistan begonnen. Daran nehmen auch Vertreter der militant-islamistischen Taliban teil. Sie trafen sich nach Angaben der norwegischen Regierung zum Auftakt mit Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft, unter anderem mit Frauenrechtlerinnen und Journalisten.

Morgen und übermorgen stehen Treffen mit westlichen Diplomaten auf dem Programm. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Menschenrechtslage sowie die humanitäre Krise in Afghanistan. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind in dem Land Millionen Menschen von Hunger bedroht.

Es handelt sich um die ersten offiziellen Gespräche der Taliban mit westlichen Vertretern auf europäischem Boden. An dem dreitägigen Treffen nehmen nach Angaben des norwegischen Außenministeriums auch Vertreter aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und weiteren westlichen Staaten teil. Bisher hat kein Land die Taliban-Regierung offiziell anerkannt. Auch die Gespräche in Oslo bedeuteten keine Legitimation oder Anerkennung der Taliban, betonte Norwegens Außenministerin Huitfeldt. Aber man müsse mit den Behörden sprechen, die de facto das Land regierten.

In Afghanistan sind zuletzt **bei einer Explosion in der westlichen Provinz Herat** mehrere Menschen ums Leben gekommen.

Ukraine / Großbritannien warnt Russland vor Installierung einer Marionetten-Regierung

Großbritannien hat Russland davor gewarnt, in der Ukraine eine Marionetten-Regierung einzusetzen. Justizminister Raab sagte dem Sender "Sky News", man habe Informationen, dass in der Ukraine ein pro-russischer Politiker an die Macht gebracht werden solle.

Die russischen Geheimdienste seien darüber im Rahmen der Invasionspläne mit mehreren ehemaligen Politikern der Ukraine in Kontakt. Raab kündigte schwerwiegende Konsequenzen an, falls Moskau einen solchen Schritt unternehme.

Die Regierung in Moskau wies die Verdächtigungen der britischen Regierung als Falschinformation zurück. Vielmehr würden die Spannungen

durch das Verhalten Großbritanniens und der Nato verschärft, erklärte der Kreml.

Neues Treffen im Normandie-Format?

Im Bemühen um eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts wird offenbar das sogenannte **Normandie-Format wiederbelebt**. Vertreter Russlands, der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands wollen nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters noch in diesem Monat Gespräche in der französischen Hauptstadt Paris führen.

Marine-Chef Schönbach tritt zurück

Der Inspekteur der deutschen Marine, Schönbach, tritt nach umstrittenen Äußerungen zum Ukraine-Konflikt zurück. Schönbach hatte sich in einer Gesprächsrunde in Indien **betont russlandfreundlich gezeigt**. Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Melnyk, bezeichnete den Rücktritt des deutschen Marine-Chefs als unzureichend.

Reaktion / Ukrainischer Botschafter hält Schönbachs Rücktritt für unzureichend

Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Melnyk, hat den Rücktritt des deutschen Marine-Chefs Schönbach als unzureichend bezeichnet.

Melnyk sprach in der Zeitung "Die Welt" von einem Eklat, der die internationale Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit Deutschlands infrage stelle. Mit Blick **auf Schönbachs Äußerungen** erklärte er, die Ukrainer fühlten sich von dieser herablassenden Attitüde unbewusst an die Schrecken der Besatzung durch die Nationalsozialisten erinnert. Bundesverteidigungsministerin Lambrecht hatte das Rücktrittsgesuch Schönbachs gestern angenommen. Hintergrund waren Äußerungen des Inspektors der deutschen Marine zum Ukraine-Konflikt. Er hatte unter anderem die Befürchtungen westlicher Staaten vor einem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine als "Nonsens" bezeichnet. Zudem sagte er, er sei ein "sehr, sehr radikaler römisch-katholischer Christ", der an Gott und die Christenheit glaube. Er hätte gern ein christliches Land wie Russland an seiner Seite gegen China.

Ampel-Politiker / Details zum Gruppenantrag für eine Corona-Impfpflicht

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Wiese hat Details des geplanten Gruppenantrags für eine Impfpflicht für Volljährige bekanntgegeben. Der Innenpolitiker sagte der Deutschen Presse-Agentur, die Pflicht solle auf ein bis zwei Jahre befristet sein. Sie solle für nicht mehr als drei Impfungen gelten und über Bußgelder durchgesetzt werden.

Wiese erklärte, auf der Grundlage der aktuellen Studien könne man sagen, dass man mit drei Impfungen eine gute Grundimmunisierung gegen einen schweren Verlauf erreicht habe. Möglicherweise könne es später "für den einen oder anderen sicherlich sinnvoll sein, eine weitere Boosterimpfung durchzuführen, zum Beispiel für Vorerkrankte oder Ältere". Das sollte dann aber freiwillig sein, betonte der SPD-Politiker.

Die Impfpflicht sollte "nicht für immer gelten", ergänzte Wiese. Eventuell habe man irgendwann eine so hohe Grundimmunität, dass man die Impfpflicht nicht mehr brauche. Bei der Länge der Frist wolle man sich auf den Rat von Experten verlassen. "Es werden aber sicherlich nicht nur wenige Monate sein, sondern eher ein bis zwei Jahre", so die Einschätzung des sozialdemokratischen Innenpolitiklers.

Mit Blick auf mögliche Strafen sprach sich Wiese zunächst "für ein reines Bußgeld" aus. Nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten haben Bußgelder eine Höhe von fünf bis 1.000 Euro. Bei Nichtzahlung könnte man laut dem SPD-Politiker auch ein individuelles Zwangsgeld in Betracht ziehen, um bei der Höhe auch die persönlichen Lebensverhältnisse zu berücksichtigen.

Den Aufbau eines zentralen Impfreisters plant die Gruppe um Wiese zumindest derzeit nicht. Die Impfpflicht sei dazu gedacht, "über den nächsten Herbst und Winter zu kommen". Der Aufbau eines Impfreisters würde dafür zu lange dauern. Es gebe aber "ein paar Ideen, wie man die Bürgerinnen und Bürger trotzdem anschreiben kann" - etwa über die Krankenkassen oder die Kommunen, die über Meldedaten verfügen.

Vorstoß von sieben Abgeordneten aus den Reihen von SPD, Grünen und FDP

Wiese hatte am Freitag zusammen mit sechs Politikern von Grünen und FDP in einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten außer denen der AfD einen Gruppenantrag für eine Impfpflicht angekündigt. Es gehe darum, "eine nachhaltige, verhältnismäßige und gleichzeitig zielgerichtete Lösung zu finden", heißt es in dem Schreiben. Im Bundestag ist für Mittwoch eine Debatte zum Thema angesetzt.

Die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP hatte sich dafür entschieden, den Fraktionszwang aufzuheben und die Abgeordneten frei entscheiden zu lassen. Es liegt bereits ein Gruppenantrag des FDP-Abgeordneten Kubicki gegen eine Impfpflicht vor.

Virologin Brinkmann für Impfpflicht ab 50 Jahren

Die Virologin Brinkmann hat sich dafür ausgesprochen, dass für über 50-Jährige eine Impfung gegen das Corona-Virus verpflichtend sein soll. Sie gehöre zwar nicht zu den Fans einer Impfpflicht, sagte das Mitglied des Corona-Expertengremiums der Bundesregierung der "Rheinischen Post". Sie sei aber skeptisch, ob sich mit Aufklärungs- oder Impfkampagnen allein die Impflücke schließen lasse. Wären alle Menschen über 50 Jahre bis zum Herbst geimpft, könne man beruhigter in den nächsten Winter gehen. Diese Altersgruppe mache bisher die meisten Krankenhausbehandlungen notwendig, erklärte Brinkmann.

In Italien und Griechenland gelten bereits Impfpflichten für Menschen ab 50 beziehungsweise ab 60 Jahren.

Weiterführende Artikel zum Coronavirus

In unserem **Nachrichtenblog** finden Sie einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die wichtigsten Entwicklungen. Lesen Sie auch:

+ Lage: **Aktuelle Zahlen zum Coronavirus in Deutschland** (Stand 23.1.)

+ Reisen: **Liste der Risikogebiete beim RKI** (Stand: 23.1.)

+ Omikron-Welle: **Expertenrat der Bundesregierung für Vorbereitung weiterer Schutzmaßnahmen** (Stand: 23.1.)

+ Protein-Impfstoff: **Wie das neue Vakzin von Novavax funktioniert** (Stand 14.1.)

Pandemie / Expertenrat fordert Vorbereitung weiterer Corona-Schutzmaßnahmen

Der Expertenrat der Bundesregierung hat diese aufgefordert, angesichts der steigenden Corona-Infektionszahlen schon jetzt weitere Schutzmaßnahmen vorzubereiten.

Sollte etwa eine zu hohe Hospitalisierungsrate erreicht werden, dürften weitere Maßnahmen zur Infektionskontrolle nötig werden, heißt es in der dritten Stellungnahme des Expertenrats. Diese Maßnahmen sollten bereits jetzt so vorbereitet werden, dass sie ohne Verzögerung umgesetzt werden könnten. Zu möglichen konkreten Schritten sagte der Rat nichts. Er warnte zugleich, es sei zumindest regional eine Einschränkung der medizinischen Versorgung anzunehmen. Dies könne erhebliche Gefährdungen etwa für Patienten und Patientinnen mit anderen Krankheiten zur Folge haben.

Weiterführende Artikel zum Coronavirus

In unserem **Nachrichtenblog** finden Sie einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die wichtigsten Entwicklungen. Lesen Sie auch:

+ Lage: **Aktuelle Zahlen zum Coronavirus in Deutschland** (Stand 23.1.)

+ Reisen: **Liste der Risikogebiete beim RKI** (Stand: 23.1.)

+ Omikron-Welle: **Expertenrat der Bundesregierung für Vorbereitung weiterer Schutzmaßnahmen** (Stand: 23.1.)

+ Protein-Impfstoff: **Wie das neue Vakzin von Novavax funktioniert** (Stand 14.1.)

Digitalisierung / Corona-Expertenrat der Bundesregierung kritisiert Datenerhebung im Gesundheitswesen

Der Corona-Expertenrat der Bundesregierung hat die unzureichende Digitalisierung im deutschen Gesundheitswesen kritisiert.

In einer Stellungnahme heißt es, auch zwei Jahre nach Beginn der Pandemie bestehe kein Zugang zu wichtigen aktuellen Versorgungsdaten. Andere stünden entweder gar nicht, unvollständig oder nur mit erheblichem Zeitverzug maschinenlesbar zur Verfügung. Daten seien für ein effektives Pandemiemanagement, für wissenschaftliche Auswertungen und als Grundlage für politische Entscheidungen essentiell. In anderen Industrieländern wie Dänemark oder Israel trügen Datenerhebungen in Echtzeit erheblich zur Pandemiebewältigung bei. Zuletzt hatten über Weihnachten und Neujahr mehrere Experten ihr Unverständnis über mangelnde Corona-Datenerhebungen geäußert.

Die 19 Ratsmitglieder forderten **in einer weiteren Stellungnahme** eine sofortige Vorbereitung zusätzlicher Infektionsschutzmaßnahmen. Sollte die Hospitalisierungsrate angesichts der steigenden Fallzahlen zu hoch werden, dürften sie nötig werden. Weitere Maßnahmen sollten daher

bereits jetzt so geplant werden, dass sie ohne Verzögerung umgesetzt werden könnten.

Weiterführende Artikel zum Coronavirus

In unserem **Nachrichtenblog** finden Sie einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die wichtigsten Entwicklungen. Lesen Sie auch:

- + Lage: **Aktuelle Zahlen zum Coronavirus in Deutschland** (Stand 23.1.)
- + Reisen: **Liste der Risikogebiete beim RKI** (Stand: 23.1.)
- + Omikron-Welle: **Expertenrat der Bundesregierung für Vorbereitung weiterer Schutzmaßnahmen** (Stand: 23.1.)
- + Protein-Impfstoff: **Wie das neue Vakzin von Novavax funktioniert** (Stand 14.1.)

Coronapandemie / Sieben-Tage-Inzidenz überschreitet Wert von 800

Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen in Deutschland hat die Schwelle von 800 überschritten. Das Robert Koch-Institut gibt sie heute früh mit 806,8 an. Gestern hatte der Wert bei 772 gelegen, vor einer Woche bei 515.

Die Zahl der Neuinfektionen binnen 24 Stunden wird mit rund 85.500 angegeben - gegenüber 52.500 in der vergangenen Woche. Die Gesundheitsämter registrierten 54 neue Todesfälle im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung. Die Gesamtzahl der Corona-Toten steigt damit auf 116.718.

Die Hospitalisierungsrate stieg zuletzt auf 3,77.

Weiterführende Artikel zum Coronavirus

In unserem **Nachrichtenblog** finden Sie einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die wichtigsten Entwicklungen. Lesen Sie auch:

- + Lage: **Aktuelle Zahlen zum Coronavirus in Deutschland** (Stand 23.1.)
- + Reisen: **Liste der Risikogebiete beim RKI** (Stand: 23.1.)
- + Omikron-Welle: **Expertenrat der Bundesregierung für Vorbereitung weiterer Schutzmaßnahmen** (Stand: 23.1.)
- + Protein-Impfstoff: **Wie das neue Vakzin von Novavax funktioniert** (Stand 14.1.)

Abstimmung / Parlamentswahl in Nordzypern

In der international nicht anerkannten Republik Nordzypern wird heute ein neues Parlament gewählt.

Die rund 200.000 Wahlberechtigten entscheiden über die Vergabe von 50 Sitzen in der Versammlung der Republik in Nord-Nikosia. Insgesamt stehen rund 400 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl. Wegen des Rücktritts von Premier Saner finden die Wahlen ein Jahr früher statt als geplant.

In Umfragen liegt die Nationale Einheitspartei von Präsident Tatar vorn. Er und seine Partei gelten als Befürworter einer Zwei-Staaten-Lösung und als Unterstützer des türkischen Präsidenten Erdogan. Der Wahlkampf war vor allem von Wirtschaftsthemen geprägt. Nordzypern ist sehr stark von der Inflation in der Türkei betroffen.

Olympia / Bisher 39 Corona-Fälle bei Einreisekontrollen vor Winterspielen von Peking

Im Zusammenhang mit der Anreise zu den Olympischen Winterspielen in Peking sind bei Tests am Flughafen bisher 39 Corona-Fälle bei Beteiligten festgestellt worden. Bei den Athleten und Team-Funktionären sei jedoch kein positives Testergebnis registriert worden, teilten die chinesischen Organisatoren mit. Die Fälle verteilen sich demnach auf die anderen Akkreditierten, die zwischen dem 4. und 22. Januar in Peking angekommen waren.

An den Corona-Testregeln für die Spiele in Peking **gibt es Kritik**. Umstritten ist unter anderem, ab wann ein Teilnehmer als positiv gilt. Vor der Anreise müssen die Beteiligten zwei negative PCR-Tests nachweisen. Nur mit Impfnachweis kann eine dreiwöchige Quarantäne bei der Einreise in Peking vermieden werden. Die Organisatoren wollen mit einer sogenannten geschlossenen Blase und täglichen Tests die Verbreitung von Infektionen vermeiden und Kontakte zur chinesischen Bevölkerung verhindern. Die Regierung Chinas verfolgt in der Pandemie eine Null-Covid-Politik. Bei den insgesamt 336.421 Tests, die in den vergangenen gut zwei Wochen innerhalb der "Olympia-Blase" genommen wurden, stellten die Veranstalter 33 Corona-Fälle fest. Auch hier waren den Angaben zufolge keine Athleten und Funktionäre betroffen. Die Winterspiele werden am 4. Februar eröffnet.

Olympische Winterspiele / IOC-Mediziner verteidigt Corona-Testregeln in Peking

In der Debatte um die Corona-Testregeln bei den Winterspielen in Peking hat das Internationale Olympische Komitee das Vorgehen verteidigt. Es sei das Ziel der Organisatoren, "Omikron nicht in die geschlossene Blase zu lassen", zitiert die Deutsche Presse-Agentur den IOC-Arzt Brian McCloskey. Umstritten ist vor allem, dass die Gastgeber andere Grenzwerte ansetzen, ab wann ein Teilnehmer als positiv gilt.

Mehrere Athleten und Funktionäre wie der deutsche Alpinchef Wolfgang Maier hatten zuletzt die Vorgaben kritisiert. Im Fokus steht dabei der CT-Wert. Je niedriger er ist, als desto ansteckender gilt eine Person. In Deutschland gilt man ab einem Wert von über 30 als nicht mehr infektiös. In China wurde dieser Wert auf 40 festgelegt.

Es sei wahrscheinlicher, dass vor ihrer Abreise negativ getestete Sportler nach ihrer Ankunft positiv getestet werden könnten, räumte McCloskey ein, der die Medizinische Expertenkommission bei den Olympischen Spielen in China anführt. Das Ziel sei "nicht null Fälle", sondern "null Weiterverbreitung", betonte der Mediziner. Weil die Omikron-Variante ansteckender sei, müsse man die positiven Fälle sehr schnell ermitteln.

Australian Open / Tennisverband verteidigt Verbot von "Wo ist Peng Shuai?"-T-Shirts

Der Verband "Tennis Australia" hat verteidigt, dass Zuschauer bei den Australian Open keine T-Shirts mit Aufschriften tragen dürfen, die als Kritik am Umgang Chinas mit der Spielerin Peng Shuai verstanden werden können.

In einer Stellungnahme heißt es, die Eintrittsbedingungen erlaubten keine Kleidung, Banner oder Schilder, die kommerziell oder politisch seien. Der Sprecher von Tennis Australia betonte jedoch auch, die Sicherheit von Peng Shuai sei ein Hauptanliegen des Verbands.

In einem Internetvideo war zuvor zu sehen, wie Sicherheitspersonal am Austragungsort Melbourne Zuschauer davon abhielten, T-Shirts mit der Aufschrift "Wo ist Peng Shuai?" zu tragen. Auf den Aufnahmen ist Agenturberichten zufolge auch zu sehen, wie Mitarbeiter der Australian Open ein Transparent entfernen.

Die frühere Doppel-Weltranglistenbeste Peng Shuai hatte in einem nur kurz zugänglichen Beitrag im Kurznachrichtendienst Weibo über sexuellen Missbrauch durch einen früheren hochrangigen chinesischen Politiker berichtet. Ihre anschließende Abwesenheit in der Öffentlichkeit führte zu Protesten. Zahlreiche prominente Kolleginnen und Kollegen sowie Institutionen forderten unabhängig überprüfbaren Sicherheitsgarantien für die Sportlerin.

Melbourne / Alexander Zverev scheidet im Achtelfinale der Australian Open aus

Der deutsche Tennisspieler Alexander Zverev ist bei den Australian Open im Achtelfinale ausgeschieden.

Er verlor in Melbourne gegen den Weltranglisten-14. Denis Shapovalov aus Kanada mit 3:6, 6:7 und 3:6. Der 24 Jahre alte Olympiasieger aus Hamburg konnte bislang noch keinen Grand-Slam-Titel gewinnen. Als Weltranglisten-Dritter wurde Zverev in diesem Jahr zu den Favoriten gezählt - auch wegen des Fehlens von Novak Djokovic. Vor dem Hintergrund der Corona-Bestimmungen hatten die australischen Behörden das Visum des Serben annulliert.

Anders als Zverev erreichte der spanische Tennisprofi Rafael Nadal das Viertelfinale der Australian Open. Gegen den Franzosen Adrian Mannarino gewann Nadal in Melbourne in drei Sätzen mit 7:6, 6:2 und 6:2.

Ehrung / Schriftsteller Uwe Timm mit Lessing-Preis ausgezeichnet

Der Schriftsteller Uwe Timm ist mit dem Lessing-Preis der Stadt Hamburg ausgezeichnet worden.

Hamburgs Kultursenator Brosda würdigte Timm als großen Erzähler unserer Zeit, dessen Denken frei sei und der mit seiner Vorstellungskraft das Leben der Leserinnen und Leser bereichern wolle. Zu seinen Werken gehören die Erzählung "Am Beispiel meines Bruders" und die Novelle "Die Entdeckung der Currywurst".

Der Lessing-Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird alle vier Jahre verliehen. Die Comiczeichnerin Birgit Weyhe erhielt das mit 5.000 Euro dotierte Lessing-Stipendium.

Berlin / Deutlich mehr Ermittlungen der Polizei wegen Darstellungen sexueller Gewalt an Kindern

Die Berliner Polizei hat nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr deutlich mehr Bildmaterial von sexueller Gewalt an Kindern ermittelt.

Die Fallzahlen hätten um 150 bis 200 Prozent zugenommen, sagte Polizeipräsidentin Slowik der Deutschen Presse-Agentur. Das sei vor allem auf deutlich mehr Mitarbeiter beim Landeskriminalamt und auf die gestiegene Zahl an Mitteilungen einer amerikanischen Recherche-Organisation zurückzuführen. In den USA durchsucht das "National Center for Missing & Exploited Children" das Internet mit Hilfe von Algorithmen nach Missbrauchsdarstellungen von Kindern.

Westafrika / Schüsse in mehreren Militärlasernen in Burkina Faso

In Burkina Faso sind offenbar in mehreren Militärlasernen Schüsse gefallen.

Wie Korrespondenten berichteten, waren sie unter anderem in zwei Kasernen in der Hauptstadt Ouagadougou zu hören. Auch aus dem Norden des westafrikanischen Lands berichteten Anwohner von Schüssen. Zuletzt hatte es größere Demonstrationen in Burkina Faso gegeben. Die Regierung wies Berichte zurück, wonach die Armee die Macht übernommen habe. Burkina Faso gilt als eines der ärmsten Länder der Welt. In den Sahel-Staaten gibt es seit 2015 immer wieder dschihadistische Angriffe, die meisten an der Grenze zu Mali. Dort sind unter anderem Milizen aktiv, die den Terrorgruppen Al-Kaida oder IS nahe stehen.

Syrien / Kämpfe nach IS-Angriff auf Gefängnis dauern an

Im Norden Syriens hat es den vierten Tag in Folge heftige Kämpfe zwischen Kämpfern der IS-Terrormiliz und kurdischen Sicherheitskräften gegeben.

Wie die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete, wurden in den vergangenen Tagen nach jüngsten Angaben mehr als 120 Menschen getötet. Extremisten hatten am Donnerstagabend einen Angriff auf ein Gefängnis in der von Kurden kontrollierten Stadt Al-Hasaka gestartet, um inhaftierte Anhänger zu befreien.

SPD-Politiker / Religionsbeauftragter Schwabe mahnt: Deutsche Glaubwürdigkeit im Ausland hängt mit Diskussionen im Inland zusammen

Der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Schwabe, ruft zu mehr Offenheit in Deutschland auf.

Mit Blick auf antimuslimische Ressentiments sagte er dem Evangelischen Pressedienst, manche Politikerinnen und Politiker würden etwa vor dem Bau von Moscheen zurückschrecken aus Angst vor Ärger. Angesichts von Religionsfreiheit könne es aber gar nicht anders sein, als dass man dies ermögliche. An so etwas hänge auch seine persönliche Glaubwürdigkeit im Ausland, betonte Schwabe. Wenn Deutschland international seine Stimme möglichst effektiv erheben solle, habe das auch damit zu tun, wie hierzulande Debatten verliefen.

Der Posten des 51-jährigen SPD-Politikers ist im Bundesentwicklungsministerium angesiedelt. Von dort aus will er unter anderem gegen die weltweite Verfolgung von Christinnen und Christen und für indigene Völker eintreten.

Corona-Pandemie / Lauterbach kündigt neue Impfkampagne in verschiedenen Sprachen an

Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat für die kommende Woche den Start einer neuen Kampagne für mehr Corona-Impfungen angekündigt.

Der SPD-Politiker sagte der Zeitung "Bild am Sonntag", man sei in der Pflicht, die Menschen zu erreichen. Deshalb beginne am Dienstag eine breit angelegte Kampagne mit Plakaten sowie Radio- und Fernsehspots. Diese sei kreativer als die bisherigen Versuche, die Bevölkerung zum Impfen zu ermuntern. Zudem erfolge sie in mehreren Sprachen, fügte Lauterbach hinzu.

Laut den Angaben des Robert Koch-Instituts haben bis gestern mindestens 61 Millionen Menschen ihre Grundimmunisierung erhalten, das sind etwa 73 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Hälfte der Bevölkerung hat zusätzlich eine Auffrischungs-Impfung erhalten.

WWeiterführende Artikel zum Coronavirus

In unserem **Nachrichtenblog** finden Sie einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die wichtigsten Entwicklungen. Lesen Sie auch:

+ Lage: **Aktuelle Zahlen zum Coronavirus in Deutschland** (Stand 23.1.)

+ Reisen: **Liste der Risikogebiete beim RKI** (Stand: 23.1.)

+ Omikron-Welle: **Expertenrat der Bundesregierung für Vorbereitung weiterer Schutzmaßnahmen** (Stand: 23.1.)

+ Protein-Impfstoff: **Wie das neue Vakzin von Novavax funktioniert** (Stand 14.1.)

Covid-19 / Wieder bundesweite Proteste gegen Corona-Politik - Demonstration auch vor dem SWR

Erneut haben bundesweit Tausende ihren Unmut über die Corona-Politik auf die Straße getragen.

Allein in Düsseldorf zogen nach Schätzungen der Polizei mehr als 7.500 Demonstranten durch die Innenstadt, in Freiburg waren es rund 5.500, in Hamburg insgesamt 5.000 und in Frankfurt am Main 4.500. In Stuttgart machten Kundgebungsteilnehmer vor dem Gebäude des Südwestrundfunks Halt. Einige skandierten "Lügenpresse" oder "Wir sind das Volk". In Erfurt setzte die Polizei Pfefferspray ein, um einen Weitemarsch in Richtung des Landtages zu verhindern.

An mehreren Orten gab es auch Gegenproteste und Mahnwachen für Corona-Opfer. Teilweise kam es dabei zu Konfrontationen. In Regensburg versuchten die Gegendemonstranten eine Kundgebung durch Blockade zu stören. Die Polizei nahm einige Personen in Gewahrsam.

Weiterführende Artikel zum Coronavirus

In unserem **Nachrichtenblog** finden Sie einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die wichtigsten Entwicklungen. Lesen Sie auch:

- + Lage: **Aktuelle Zahlen zum Coronavirus in Deutschland** (Stand 23.1.)
- + Reisen: **Liste der Risikogebiete beim RKI** (Stand: 23.1.)
- + Protein-Impfstoff: **Wie das neue Vakzin von Novavax funktioniert** (Stand 14.1.)
- + Expertenrat: **Wer die Bundesregierung in Corona-Fragen berät** (Stand 11.1.)

CDU-Chef Merz / "Alle Liebäugelei mit der AfD führt nur ins Elend"

Der gewählte CDU-Vorsitzende Merz hat sich erneut von der AfD distanziert.

Alle - Zitat - Liebäugelei mit diesen Leuten führe ins Elend, sagte er im ZDF. Die CDU werde ihren Weg natürlich auch mit Menschen gehen, die wertkonservativ seien. Sie hätten in der CDU eine politische Heimat, aber nicht diejenigen, die rechtsradikal seien. Mit der AfD gebe es keine Übereinstimmung, daher werde es auch keine Zusammenarbeit geben. Merz war gestern auf einem digitalen Parteitag der CDU mit fast 95 Prozent der Stimmen gewählt worden. Erforderlich ist nun noch eine Bestätigung des Ergebnisses durch die Delegierten per Briefwahl. CSU-Chef Söder sprach von einem starken Vertrauensbeweis und sagte Merz eine enge Zusammenarbeit zu. Um erfolgreich zu sein, brauche die Union jetzt Zukunftsideen, Zusammenhalt und Zuversicht, sagte Söder in einem Grußwort an den Parteitag.

Istanbul / Populäre türkische TV-Journalistin Sedef Kabas wegen "Präsidentenbeleidigung" in U-Haft genommen

In der Türkei ist die bekannte Fernsehjournalistin Sedef Kabas in Untersuchungshaft genommen worden.

Ihr werden beleidigende Äußerungen über Staatschef Erdogan während einer Sendung und auf Twitter vorgeworfen. Nach Angaben ihres Anwalts wurde Kabas mitten in der Nacht in ihrer Wohnung in Istanbul festgenommen. Die türkische Journalistengewerkschaft TGS bezeichnete die Festnahme als "schweren Angriff auf die Pressefreiheit". Präsidentenbeleidigung ist in der Türkei ein Straftatbestand. Es drohen mehrjährige Haftstrafen. Erdogans Sprecher Altun nannte Kabas auf Twitter "eine sogenannte Journalistin" und warf dem Sender vor, Hass zu verbreiten. Er verurteile diese Arroganz und das - Zitat - Fehlen von Moral auf das Schärfste, fügte Altun hinzu.

Institut / Corona hat wirtschaftliche Einbußen von rund 350 Milliarden Euro verursacht

Die wirtschaftlichen Einbußen durch die Corona-Pandemie in den vergangenen beiden Jahren in Deutschland werden von Experten auf insgesamt rund 350 Milliarden Euro geschätzt.

So groß sei der Wertschöpfungsausfall, heißt es in einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, aus der die Deutsche Presse-

Agentur zitiert. Ein Großteil davon gehe auf Ausfälle beim privaten Konsum zurück, unter anderem wegen der Lockdown-Maßnahmen. Weiter schreibt das IW, erst mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren könnten die Wertschöpfungs- und Einkommenslücken Stück für Stück wieder geschlossen werden.

Weiterführende Artikel zum Coronavirus

In unserem **Nachrichtenblog** finden Sie einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die wichtigsten Entwicklungen. Lesen Sie auch:

- + Lage: **Aktuelle Zahlen zum Coronavirus in Deutschland** (Stand 23.1.)
- + Reisen: **Liste der Risikogebiete beim RKI** (Stand: 23.1.)
- + Omikron-Welle: **Expertenrat der Bundesregierung für Vorbereitung weiterer Schutzmaßnahmen** (Stand: 23.1.)
- + Protein-Impfstoff: **Wie das neue Vakzin von Novavax funktioniert** (Stand 14.1.)

Bundesregierung / Auch Rumänien, Kosovo und weitere Staaten sind Hochrisikogebiete

Seit heute gelten aus deutscher Sicht 19 weitere Staaten als Corona-Hochrisikogebiete.

In Europa zählen dazu Rumänien, die Republik Moldau und das Kosovo. Unter anderem auch Japan, Indien, Brasilien, Marokko und Algerien sind neue Hochrisikogebiete. Die Liste umfasst damit nun insgesamt 155 Staaten. Die Einstufung als Risikogebiet erfolgt nach gemeinsamer Analyse und Entscheidung durch das Bundesministerium für Gesundheit, das Auswärtige Amt und das Innenministerium.

Wer aus einem Hochrisikogebiet einreist und nicht vollständig geimpft ist, muss für zehn Tage in Quarantäne und kann sich frühestens fünf Tage nach der Einreise freitesten. Mit der Einstufung als Hochrisikogebiet verbunden ist eine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes für nicht notwendige touristische Reisen. Sie erleichtert Touristen die kostenlose Stornierung bereits gebuchter Reisen, bedeutet aber kein Reiseverbot.

Unser ausführlicher Blick aufs Thema:

- + Reisen: **Liste der Risikogebiete beim RKI** (Stand: 23.1.)

Kreis Ahrweiler / Erste Runde der Landratswahl sechs Monate nach Flutkatastrophe

Gut sechs Monate nach der Flutkatastrophe im rheinland-pfälzischen Landkreis Ahrweiler findet dort heute die erste Runde der Wahl eines neuen Landrats statt.

Der bisherige Amtsinhaber Pföhler von der CDU war Ende Oktober in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden. Er war nach den Überflutungen mit 134 Toten allein in Rheinland-Pfalz in die Kritik geraten. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt gegen ihn und ein weiteres Mitglied des örtlichen Krisenstabs wegen des Anfangsverdachts der fahrlässigen Tötung und fahrlässigen Körperverletzung durch Unterlassen. Pföhler hatte

nach der Ankündigung der Ermittlungen erklärt, sein Amt krankheitsbedingt nicht mehr ausüben zu können.

Für seine Nachfolge bewerben sich drei Männer und eine Frau. Sollte bei der heutigen Wahl keiner von ihnen mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten, findet am 6. Februar eine Stichwahl statt.

Entwicklungsministerin Schulze / 200 Millionen Euro für Bildungskrisen-Fonds angekündigt

Bundesentwicklungsministerin Schulze hat angesichts der Corona-Pandemie vor einer globalen Bildungskrise gewarnt.

Die Erfolge der vergangenen Jahrzehnte drohten zunichte gemacht zu werden, sagte die SPD-Politikerin der "Bild am Sonntag". Auf der ganzen Welt seien Schulen geschlossen, und es sei zu befürchten, dass viele Schülerinnen und Schüler nicht mehr da sein würden, wenn sie wieder öffneten. Man stehe in der Verantwortung, diese Generation nicht zu verlieren. Schulze sagte dem UNO-Fonds für Bildung in Notsituationen weitere 200 Millionen Euro zu. Deutschland hat ihn den Angaben zufolge seit 2017 mit 119 Millionen Euro unterstützt. Am Montag wird Schulze in Genf mit der Direktorin des Fonds, Sherif, zusammentreffen.

Italien / Berlusconi verzichtet auf Kandidatur als Staatspräsident

In Italien hat der frühere Ministerpräsident Berlusconi seine Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten aufgegeben.

Berlusconi ließ auf einem virtuellen Spitzentreffen der Mitte-Rechts-Parteien mitteilen, dass er sich aus dem Rennen um die höchste politische Position des Landes zurückziehe. Der Parteichef der Forza Italia sei bei der Videoschleife nicht selbst dabei gewesen und habe seine Entscheidung verlesen lassen, hieß es. Berlusconi hatte zuletzt intensiv versucht, genug Wähler für sich zu gewinnen.

Das Parlament in Rom kommt am Montag zur Wahl eines neuen Staatsoberhauptes zusammen. Es gibt keine offiziellen Kandidaten. Die Wahl in geheimer Abstimmung dauert oft mehrere Tage.

Litauen / Kaunas eröffnet Kulturhauptstadtjahr 2022

Litauens zweitgrößte Stadt Kaunas hat ihr Programm als Europäische Kulturhauptstadt 2022 feierlich eröffnet.

Kernstück ist die "Mythos von Kaunas"-Trilogie. An drei Wochenenden soll eine neue verbindende und identitätsstiftende Legende für die 300.000 Einwohner zählende Stadt aufgeführt werden. Gestaltet ist diese von Kunstschaaffenden aus Litauen und dem Ausland. Insgesamt sollen im Kulturhauptstadtjahr mehr als 40 Festivals, 60 Ausstellungen und jeweils über 250 Veranstaltungen der darstellenden Künste und Konzerte stattfinden. EU-Ratspräsident Michel sagte in einer Videoansprache, Kaunas sei heute mehr denn je das pulsierende Herz Europas. Neben Kaunas sind in diesem Jahr Novi Sad in Serbien und Esch in Luxemburg Europäische Kulturhauptstädte.

Wetter / Meist bedeckt, 2 bis 8 Grad

Das Wetter: Vielfach bedeckt. Vor allem im Osten neblig-trüb mit Sprühregen. Örtlich leichter Schneefall. Später von Westen her Auflockerungen. In der kommenden Nacht im Südwesten aufgelockerte Bewölkung, sonst meist stark bewölkt oder neblig trüb, im Nordosten Sprühregen. Tiefstwerte plus 5 bis minus 4 Grad, bei Aufklaren über Schnee auch kälter.

Morgen nach Nebelauflösung im Westen und Südwesten sowie an den Alpen oft sonnig. Sonst meist bedeckt, im Osten auch Sprühregen. Am Nachmittag im Norden einzelne sonnige Abschnitte. 4 bis 8 Grad.

Die weiteren Aussichten:

Am Dienstag im Süden und Südwesten länger sonnig. Sonst dicht bewölkt, im Norden auch Regen. 1 bis 7 Grad.

Samstag, 22.01.2022

Freitag, 21.01.2022

Donnerstag, 20.01.2022

Mittwoch, 19.01.2022

Dienstag, 18.01.2022

Montag, 17.01.2022

Entdecken Sie den Deutschlandfunk

Programm	Hören	Kontakt	Service	Über uns
Programm	Livestream	Hörerservice	FAQ	Deutschlandradio
Alle Sendungen	Audios	Social Media	Veranstaltungen	Presse
Die Nachrichten	Podcasts		Musikliste	Karriere
Neue Beiträge	Apps		RSS	Funkhaus Köln
Korrekturen	Frequenzen		Wetter	
			Seewetter	

[Deutschlandradio](#) [Datenschutzerklärung](#) [Nutzungsbedingungen](#) [Impressum](#)
[Partner](#) [ARD](#) [ZDF](#) [Phoenix](#) [arte](#) [Chronik der Mauer](#)

Deutschlandradio © 2022